

Bezugspreise:
Mietpreis 10.- M. monatl. 10.- M.
frei ins Haus, voranz zahlbar.
Wohngeld: Monatlich 10.- M. einricht.
Zuschlaggebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Meinertgebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Rumänien 10.- M. für
das übrige Ausland 17.- M.
Vorbekanntungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschetsch-Slowakei, Dän-
emark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der 'Vorwärts' mit der Sonntags-
beilage 'Woll und Fein', der Unter-
haltungsbeilage 'Heimwelt' und der
Beilage 'Gärtling und Kleingarten'
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegraphisch:
'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95-97
Expedition Moritzplatz 117 53-54

Donnerstag, den 18. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Moritzplatz 117 53-54

Anzeigenpreise:
Die achtspaltige Komplex-Anzeige
kostet 1,50 M. 'kleine Anzeigen'
das fertige Blatt 1,30 M. (zu-
sätzlich zwei fertige Blatt) jedes
weiteres Blatt 1.- M.
Stückpreise
und Schlußkolumnen des ersten
Blatt 1.- M. jedes weitere Blatt
50 Hg.
Werte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Blätter. Familien-
anzeigen für Abonnenten Seite 2.- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Voraus bezahlt werden. Berlin SW 68, Linden-
str. 3, abgegeben werden. Öffnen
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Der „anständige Frieden“.

Unsere letzten Feststellungen zur Dolchstoß-Vergeltung haben die Feder der 'Deutschen Tageszeitung' in Bewegung gesetzt. Gewöhnlich ist es ein sehr langweiliges Geschäft, sich mit der reaktionären Presse über dieses Thema auseinanderzusetzen, weil das gesamte „geistige Rüstzeug“ dieser Seite in der ewigen Wiederholung einiger abgedroschener Zitate besteht, von denen hier schon ein dutzendmal nachgewiesen ist, daß ihr Inhalt entweder nichts besagt, oder daß sie gar oben- drein gefälscht und aus dem Zusammenhang gerissen sind. Was in dieser Beziehung geleistet wird, das zeigte erst gestern wieder das Abendblatt des Herrn Wulle („Jede Nummer ein politisches Ereignis“), das dreist und gottesfürchtig ein Zitat des 'Vorwärts' vom 25. Oktober 1918, also aus einer Zeitperiode, in der Deutschlands Niederlage bereits unwider- rüchlich besiegelt war, der besseren Wirkung halber auf den 25. Oktober 1916 verlegte, wodurch aus der tatsächlichen Fest- stellung der deutschen Niederlage ein Herbeiwünschen der deutschen Niederlage gemacht wurde.

Die 'Deutsche Tageszeitung' fängt es — das wenigstens soll anerkannt werden — diesmal anders an. Sie sucht die von ihr vermeinte Schuld der Sozialdemokratie am Zusammenbruch durch eine historische Betrachtung nachzu- weisen. Dabei wird natürlich als selbstverständlich voraus- gesetzt, daß die Revolution ein willkürliches sozialdemokrati- sches Unternehmen gewesen sei.

Wir empfehlen dem Historiker der 'Deutschen Tageszeitung', einmal das erste Heft der von Herrn Forstrat Eicherich herausgegebenen Broschürenserie durchzulesen. Herr Eicherich, der von der 'Deutschen Tageszeitung' vielge- priesene Mann, wird von ihr sicher nicht als Freund der So- zialdemokratie oder Verteidiger der Revolution verdächtigt werden. Gleich auf den ersten Seiten des ersten Heftes werden die Ursachen der Revolution in Bayern behandelt, die bekannt- lich mehrere Tage vor der Revolution in Berlin ausbrach. Da- bei fährt Herr Eicherich die Revolution in Bayern hauptsächlich auf die revolutionäre Stimmung der bayerischen Bau- ernbevölkerung zurück, die, obwohl sie durch den Krieg sehr anständig verdient habe, wegen der Verdün- nung und Verteuerung des Bieres, der Rationierung des Fleisches und der Zwangswirtschaft verärgert ge- wesen sei. Auch bayerisch partikularistische Strömungen haben nach Herrn Eicherich eine große Rolle gespielt. Nun wird selbst die 'Deutsche Tageszeitung' nicht behaupten können, daß die bayerischen Bauern unter sozialistischem Ein- fluß gestanden hätten oder daß der bayerische Partikularismus eine sozialdemokratische Erfindung sei.

Aber nicht wegen dieser Sache wollten wir uns mit der 'Deutschen Tageszeitung' auseinandersetzen. Auch nicht wegen historisch unhaltbarer Behauptungen, wie z. B., daß die russische Revolution ausgebrochen sei, weil Rußland von den ersten Kriegswochen an nur „Niederlage auf Niederlage“ er- litten habe. Die russische Armee hat manchen Sieg erfochten, sie hat die Oesterreicher vor Lemberg vernichtend aufs Haupt geschlagen, fast ganz Galizien besetzt, die Festung Przemyß erobert, Hindenburg vor Warschau zum Rückzug gezwungen, nach 1916 in der Brusilow-Offensive gewaltige Erfolge erzielt.

Rein, das Hauptaugenmerk legen wir auf eine Darstel- lung der 'Deutschen Tageszeitung' aus der letzten Phase des Krieges. Die 'Deutsche Tageszeitung' behauptet, daß, als Ludendorff den Waffenstillstand vorschlug, „noch nichts ver- loren“ gewesen sei. Das ist eine reichlich kühne Behauptung angesichts der gestern von uns angeführten und unwider- leglich mit Dokumenten belegten Tatsache, daß Ludendorff in völliger Verzweiflung den Waffenstillstand binnen 24 Stunden forderte, andernfalls er für nichts mehr garantieren könne. Die 'Deutsche Tageszeitung' sagt jetzt, Ludendorff habe der erschöpften Armee eine Kampf- pause verschaffen wollen. Das wußten aber die Gegner auch und deswegen knüpften sie den Waffenstillstand an die Bedingung einer so ungeheuren Abgabe von Ka- nonen, Kriegsschiffen und Material aller Art, daß die deutsche Armee nach dem Waffenstillstand mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg überhaupt nicht mehr kämpfen konnte. Wenn die 'Deutsche Tageszeitung' jetzt behauptet, auch nach dieser gewaltigen Materialabgabe sei er- folgreicher Widerstand noch möglich gewesen, so ist das eine noch lährere Geschichtsfälschung als die Behauptung, daß bei Ludendorffs verzweifeltem Ruf nach Waffenruhe noch „nichts verloren“ gewesen sei. Vom Standpunkt ihrer Dar- stellung, daß man hätte weiterkämpfen können, behauptet dann aber die 'Deutsche Tageszeitung' weiter:

Die schwere unüberwindliche Schuld an unserem Zusammenbruch liegt bei denen, die bereit sind, haben, daß das deutsche Volk sein noch immer im wesentlichen intaktes Millionenheer, seinen Ueber- fluß an Waffen aller Art, sein Festungssystem damals ausnützte, um, zwar nicht um den Sieg, aber um einen anständigen Frieden zu kämpfen.

Kampf gegen die Teuerung.

Ein Aufruf des Bundesauschusses des ADGB.

Der Bundesauschuss des Allgemeinen Deutschen Ge- werkschafts-Bundes hat am 18. August durch Annahme nachstehender Entschlüsse zum jetzigen Lage der Arbeiterchaft und zu den bevorstehenden Lohnbewegungen Stellung genommen:

I. Die von der Reichsregierung beschlossene Brot- verteuerung bedeutet eine schwere Gefährdung der Lebens- haltung der Arbeiterschaft. Die Erhöhung der Kohlensteuer und die neuen Steuerpläne der Regierung vermehren die Gefahren für die Existenz der Arbeiter in ungeheurem Maße. Der Ausschuss des ADGB ruft deshalb die deutsche Arbeiterschaft auf, sich gegen die drohende Herabdrückung ihrer Lebenshaltung mit aller Kraft zur Wehr zu setzen.

Die Gewerkschaften, die rechtzeitig gewarnt und die Brotver- teuerung vergeblich bekämpft haben, haben jetzt die Pflicht, den Kampf der Arbeiter mit allen Mitteln zu unterstützen. Die Durch- führung der erforderlichen Lohnbewegung ist Aufgabe der einzelnen Verbände, denen hierbei die Pflicht obliegt, die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft hochzuhalten. Der Vorstand des ADGB wird beauftragt, den Verbänden im einzelnen und in ihrer Gesamtheit in der bevorstehenden allgemeinen Lohnbewegung jede mögliche Hilfe zu leisten. Die eingeleitete Verbindung mit den anderen Gewerk- schaftsrichtungen, sowie mit den Gewerkschaften der Angestellten und Beamten ist aufrechtzuerhalten, um der Bewegung durch eine ge- schlossene Einheitsfront aller Lohn- und Gehalts- empfänger einen so größeren Erfolg zu sichern.

Die Arbeitgeber aller Berufe und Industriezweige wer- den gewarnt, nicht durch Abweisung der notwendigen Lohn- forderungen große Arbeitskämpfe und die daraus sich ergebenden neuen Erschütterungen des Wirtschaftslebens herbeizuführen. Erste Pflicht der Regierungen und Behörden, sowie aller der- jenigen, denen die Erhaltung und Stärkung der deutschen Volkskraft obliegt, ist es, der Arbeiterschaft in ihrem Existenzkampf tatkräftig beizustehen.

II. In dem Maße, als die Preissteigerungen eine Erhöhung des Lohnniveaus bedingen, müssen auch die aus Inflation, Alters- oder Invalidenrenten bestehenden Einkommen, die schon lange hinter der Teuerung weit zurückgeblieben sind, sowie die Unter- stützungssätze der Erwerbslosen und der Kranken ausge- bessert werden. Die Gewerkschaften fordern von den verantwort- lichen Verwaltungsbehörden und den parlamentarischen Vertretern des Volkes in Reich, Ländern und Gemeinden, daß sie sich ihrer Pflicht auch gegenüber diesen Notleidenden bewußt sind und die zu ihrer Erfüllung notwendigen Maßnahmen mit Eile beschließen.

Dem vor Ausbruch der Revolution noch in voller Waffent- rüstung und mustergetriggter Kriegsorganisation stehenden Deutsch- land wäre es bei opferwilliger, geschlossener Haltung unbedingt möglich gewesen, wenigstens das zu erreichen, was das kleine un- bewaffnete Irland gegenüber dem britischen Weltreich durchgesetzt hat, nämlich: einen anständigen Frieden, der unsere Freiheit und unsere Zukunft gesichert hätte. Ein solcher Frieden war jedes Opfer wert.

Mit dieser Darstellung hat die 'Deutsche Tageszeitung' die gesamte bisherige Kriegstheorie der Deutschnationalen über den Hausen gewor- fen, wonach es für Deutschland in dem Weltkrieg nur ein Entweder-Ober gegeben habe, entweder den vollständi- gen, zerschmetternden Sieg Deutschlands oder die vernichtende Niederlage, wonach aber ein Drittes dazwischen, der „anständige Frieden“ niemals im Bereich der Möglichkeit gewesen sei. Jetzt gesteht sie nicht nur zu, daß man auch um einen anständigen Frieden, d. h. um einen Frieden, der Deutschland zwar keine Eroberungen brachte, aber ihm doch seinen Bestand ließ, hätte kämpfen können, sondern jetzt — glücklicherweise im Jahre 1921 — dämmert ihr sogar die Erkenntnis, daß dieser anständige Frieden „jedes Opfer wert“ gewesen sei.

Für diesen „anständigen“ Frieden hat die Sozial- demokratie ununterbrochen vier Kriegsjahre hindurch mit aller Leidenschaft gekämpft. Das tragische Geschick Deutschlands wollte es nur, daß die Alldeutschen, daß die Ludendorffe, die Reventlows die Männer der 'Deutschen Tageszeitung' von diesem Frieden nichts wissen wollten, solange er zu haben war. Als Verelendung- sfrieden, als „Schmachfrieden“ haben sie den Ver- ständigungsfrieden bekämpft, den sie heute den „anständigen“ nennen, von dem sie heute zugestehen, daß er jedes Opfer wert gewesen sei. Uns Sozialdemokraten war es — ganz abgesehen von unserer allgemeinen An- schauung — auch rein verstandesmäßig von Anfang an klar, daß bei der ungeheuren Ueberlegenheit der Gegner an Men- schen und Material, daß angesichts der immer stärker werden- den Wirkungen der Hungerbloade auch die größten mili- tärlichen Siege der deutschen Armee eben nur hin- reichen, um den „anständigen Frieden“ für Deutschland zu erkämpfen. Wir waren uns darüber klar, daß dieser an- ständige Frieden sogar nur zu haben war, solange sich

III. Die Gewerkschaften verurteilen, daß die neuen Steuerpläne der Reichsregierung vorwiegend den Verbrauch belasten sollen. Dieser Weg führt lediglich zu neuen ungeheuren Preissteige- rungen, die ihrerseits die Steuereinnahmen des Reiches zum größ- ten Teile wieder aufzehren und drückt den Reallohn der Ar- beiterchaft weiter herab.

Die Riesenleistungen, die das Reich jetzt aufzubringen hat, dürfen nicht in bisher gewohnter Weise auf den letzten Ver- braucher abgewälzt werden. Es ist vielmehr ein Steuerhystem zu fordern, das in erster Linie die von der Geldentwertung seither un- berührt gebliebenen Sachwerte, insbesondere die in Industrie- merkten und im Boden ruhenden Kapitalwerte erfaßt, sie zu- gunsten des Reiches belastet und das Reich an den Erträ- gnissen des mobilen und immobilien Kapitals teilnehmen läßt.

Die Gewerkschaften verlangen, daß in der Steuergefeh- gebung Wege eingeschlagen werden, die eine Herstellung des Gleich- gewichts im Haushalt des Reiches, der Länder und Gemeinden er- möglichen ohne weitere Zuhilfenahme der Notenpresse. Denn die Vermehrung der Papiergeldflut ist eine der ersten Ur- sachen der Preissteigerungen und das größte Hindernis eines wirk- samen Preisabbaues.

IV. Um in Zukunft weitere Preissteigerungen und die damit fort- schreitende Verarmung der Volksmassen zu verhindern, ist eine Änderung der Wirtschaftspolitik in der Richtung zur Gemein- wirtschaft (Vergesellschaftung der Produktionsmittel) unabweis- bar. Das nächste Ziel einer neuen Wirtschaftspolitik muß sein, den Produktionsertrag erheblich zu steigern, die Inflation aber zu verringern und dadurch die Produkte zu verbilligen. Beides ist möglich in einer Wirtschaftsordnung, die alle Kräfte und Hilfsquellen in rationaler Weise der Produktion nutzbar macht, die inneren Reibungen unwirtschaftlicher und übertriebener Wett- bewerbsverhältnisse beseitigt und die einzelnen bisher zusam- menhaltlosen oder nur nach Profitinteressen zusammengefaßten Wirtschaftszweige organisch und gemeinwirtschaftlich verbindet.

Die Not des deutschen Volkes und der Zwang zur Sparsamkeit verbieten es, die Vergeudung von Material und Kräften fortzu- zusetzen, die mit der unorganisierten nicht auf die Bedarfsdeckung, sondern auf Gewinnerzielung eingestellten Einzelbetriebs- wirtschaft verbunden ist.

Indem die Gewerkschaften eindringlich auf diese Not- wendigkeiten hinweisen, fordern sie die verantwortlichen Stellen im Reich auf, die geeigneten Wege zu suchen und vorzuschlagen, die zu einer solchen Umstellung der Wirtschaft führen können. Sie erklären selber sich bereit, mit ihren Kräften an der baldigen Lösung dieser Aufgabe mitzuwirken.

Deutschlands Armeen wenigstens äußerlich in Siegerstellung befanden. Deswegen haben wir nach jedem deutschen Siege den anständigen Frieden, d. h. den Verständigungsfrieden mit um so größerer Eindringlichkeit gefordert. In dem Widerstand der Alldeutschen ist der Verständigungsfrieden im Jahre 1917 gescheitert. Und doch war er nur damals, als die Kraft der deutschen Verteidigung ungebrochen war, eine politische Realität. Als aber nach dem Zusammen- bruch und der Kapitulation der Bundesgenossen, nach der furchtbaren Niederlage der Westfront der anständige Frieden in unabsehbare Fernen entschwand, wollten die Alldeutschen ihn haben.

Da wollten sie sogar Opfer für ihn bringen. Die 'Deutsche Tageszeitung' bemängelt es jetzt, daß der inner- politischen Umbau nach den „militärischen Rückschlüssen an der Westfront“ vorgenommen wurde, wo es nur den Zu- sammenschluß aller Kräfte bis zum äußersten unter Zurück- stellung aller innerpolitischen Fragen hätte geben sollen. Ja, wer hat denn diesen innerpolitischen Umbau vereitelt, solange er noch moralischen Erfolg versprach, solange er noch ein rechtzeitiges Mittel zur Erlangung des „anständigen Friedens“ gewesen wäre. Wer hat sich mit Händen und Füßen gegen die Parlamentarisierung, gegen die Demokratisierung des preußischen Wahrechts gestemmt, wer anders als die Konservativen, die Alldeutschen und die hohen Militärs? Das preußische Wahrechtsversprechen war zu Ostern 1917 abgegeben worden. An wessen Widerstand lag es, daß es im Herbst 1918 noch nicht eingelöst war?

Mit ihrer „historischen Darstellung“ hat die 'Deutsche Tageszeitung' das furchtbare Schuldkonto der Konservativen und Alldeutschen aufgerollt. Sie hat, ohne es zu wissen und zu wollen, der jahrelang in ihren Spalten durch Graf Reventlow vertretenen Kriegstheorie, der Kriegstheorie der Alldeutschen überhaupt, den Dolchstoß verleiht. Wir buchen dies als einen wichtigen Erfolg unseres Kampfes gegen die Dolchstoßlegende und werden nicht verfehlen, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die 'Deutsche Tageszeitung' jetzt die Möglichkeit eines „anständigen Friedens“ ohne Ero- berungen zugegeben hat, den sie während des Krieges nie anders als „Schmach- und Verelendungs- frieden“ bezeichnete.

Briands Antwort an Lloyd George.

Paris, 17. August. (WZB.) Ministerpräsident Briand erklärte heute abend Pressevertretern gegenüber, er fühle keine Neigung, die Streitigkeiten über den Obersten Rat noch fortzusetzen, sie hätten ohnehin lange genug gedauert. Uebrigens sei der ganze Streitfall dem Völkerbündel zur Erteilung eines Gutachtens unterbreitet worden, und dieser Rat bestehe aus den Vertretern von acht Ländern, die alle Bürgschaften für volle Unabhängigkeit gewähren. Diese Männer würden in ihrem Gewissen und in ihrem Gerechtigkeitsgefühl die Grundlage für eine Ansicht finden, die dem Wortlaut und dem Geiste des Friedensvertrages entsprechen könne.

Zu der Rede Lloyd Georges bemerkte Briand, die Rede gleiche ganz genau derjenigen, die Lloyd George im Obersten Rat gehalten habe. Er verteidige die nämliche Auffassung mit der gleichen Begründung, aber er, Briand, bleibe dabei, daß diese in keiner Weise der französischen Auffassung Abbruch tun könne. Es sei ein großer Irrtum von Lloyd George, Frankreichs Haltung einzig und allein der Sorge um Frankreichs Sicherheit zuzuschreiben. Er sei so gut wie Lloyd George ein eifriger Anhänger des Gedankens der Gerechtigkeit und der Durchführung des Friedensvertrages. Eine Meinungsverschiedenheit bestehe nur in der Art und Weise, wie Artikel 88 aufzufassen sei, und vor allem in dem Geiste, in dem die Volksabstimmung entschieden worden sei. Das Gutachten des Völkerbundes wird, so sagte Briand, unsere Meinungsverschiedenheit in dieser Frage beilegen. Im Obersten Rat waren wir immer nur in zwei Punkten völlig einig. Unsere Sachverständigen und vor allem die juristischen Sachverständigen hatten einstimmig folgende Schlusssatzung angenommen: 1. Der Friedensvertrag sieht grundsätzlich und tatsächlich eine Teilung Ober-Schlesiens vor. 2. Für diese Teilung, die nach der Abstimmung der Bevölkerung erfolgen soll, werden die ethnographischen Belange entscheidend sein.

Betrachten wir nun einmal die Ergebnisse dieser Abstimmung unter Berücksichtigung der geographischen Verhältnisse, die im Artikel 88 vorgesehen sind. Wenn man eine Karte von Oberschlesien ansieht und darauf nach der ersten Eingebung der Logik und nach einem kurzen Ueberblick das Land in zwei Hälften teilt, was sieht man da? 1. daß nach den Ergebnissen der Abstimmung der westliche Teil, der nach Deutschland zu liegt, eine deutsche Mehrheit hat, daß der östliche, nach Polen zu, eine polnische Mehrheit hat. Von der ersten Minute an hatte Frankreich vorgeschlagen, daß die Teilung nach dieser Feststellung erfolgen solle, und es wird eine schwierige Aufgabe sein zu behaupten, daß eine solche Teilung einen Verstoß gegen den Wortlaut und vor allem gegen den Geist des Friedensvertrages bedeutet. Aber man hat uns eingewendet, daß Artikel 88 in erster Linie auch die wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt wissen wolle, und daß es Pflicht der Vertragsregierungen sei, auch diesen Gesichtspunkt im Auge zu behalten.

Es handelt sich sodann darum festzustellen, was man unter dem Titel „Industriebezirk“ verstehen will. Wir vertreten den Standpunkt, daß die Grube die Grundlage für jede Fabrik ist, daß nur sie einen Betrieb entwickeln und fördern könne, und daß deshalb die wirtschaftlichen Belange, die im Artikel 88 vorgesehen sind, sich auf die ganze Grubengegend erstrecken müssen. Wenn man nun die Stimmen berechnet, die in diesem Teile Oberschlesiens abgegeben worden sind, so kommt man zu der Feststellung, daß die Polen unbestreitbar dort die Mehrheit haben. Man wird zugeben müssen, daß diese Auffassung und Beweisführung durchaus dem Friedensvertrag entspricht, und daß Frankreich diesen Standpunkt vertreten konnte, ohne irgendwie gegen den Geist der Gerechtigkeit zu verstoßen.

Die englische Abordnung hat sich dieser Auffassung nicht anschließen können und wollen. Sie hielt sich vielmehr eng gebunden an die Forderung, wo sich starke deutsche Entlasten isoliert befinden, die nur einem Abschnitt in der Entwicklung der Industriegebiete entspricht. Daraufhin mußten dann die Sachverständigen gerufen werden, um die Grenze eines möglichst einschneidenden Industriebezirks festzusetzen und uns die Unterlagen zu unterbreiten, die uns die Möglichkeit geben sollten, uns ein Urteil darüber zu bilden, ob dieses Gebiet teilbar sei oder nicht. Die Engländer sagten, es sei nicht teilbar, und wir sagten, es sei teilbar. Es genügt, sich auf die Arbeiten der zuständigen Persönlichkeiten zu berufen, um festzustellen,

daß wir es sind, die recht haben.

Auch über die Bestandteile, die dazu bestimmt sein sollten, das sogenannte Industriegebiet zu bilden, bestand eine Meinungsverschiedenheit. Unsere Sachverständigen vertraten den

Standpunkt der wirtschaftlichen Einheit des Bezirkes. So beziehen die Werke in Königshütte ihre Kohlen und ihren Koks aus Rybnitz, wo sie ihre eigenen Gruben besitzen, und die Fabriken in Rybnitz erhalten ihr Gussblei aus Königshütte, da sie selbst die Weiterverarbeitung betreiben. Unsere Sachverständigen vertraten daher den Standpunkt, daß die Bedürfnisse der wirtschaftlichen Einheit es nicht erlaube, aus dem Industriegebiet die Gruben und Werke von Rybnitz auszuschneiden, aber die englischen Kollegen lehnten es ab, sich dieser Auffassung anzuschließen. Das Ergebnis war, daß eine Masse polnischer Stimmen für die Wertung der Mehrheit hinsichtlich der Zuteilung des Gebietes aus der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen ausschied. Die gleiche Unmöglichkeit einer Verständigung bestand in der Frage der Zuteilung der unbedingt polnischen Gebiete, welche das Wasser für die Industriegebiete liefern, sowie über die Zusammengehörigkeit der Ritzgruben sowie der Ritzfabriken. Von den Eisenbahnen will ich dabei gar nicht reden. Darin liegen die Hauptgründe für unsere Meinungsverschiedenheit. Ich durfte nicht zugeben, daß der Geist, in dem der Friedensvertrag niederschrieben worden ist, dahin führt, Deutschland, das von den Verbündeten feierlich als verantwortlich für den Krieg erklärt worden ist, eine ungenügende Mehrheit polnischer Stimmen zuerteilen, während Polen nur eine kleine deutsche Minderheit erhalten soll. Und alles das nur aus dem Grunde, weil Deutschland schon seit 50 Jahren, gleich nach dem Abzuge 1870/71, mit den Milliarden, die es Frankreich erprecht hat, seine Industriegebiete aufgebaut hat, die in völliger Hinsicht durchaus polnisch sind.

Das ist die Meinungsverschiedenheit, die vor dem Völkerbündel gebracht worden ist. Er ist es, der nun in Gemäßheit des Völkerbündels berufen ist, in vollständiger Unabhängigkeit dem Obersten Rat sein Gutachten mitzuteilen, das ihm die Möglichkeit gibt, die endgültige Entscheidung zu treffen, zu der er durch den Artikel 88 berufen ist. Von heute ab ist es unser erste Pflicht, und ich werde diese Pflicht nicht vernachlässigen. Was denken Sie von dem übrigen Teil der Rede Lloyd Georges? Ich denke, daß der Hauptteil der Rede mit seiner rühmlichst bekannten Beredsamkeit der Einigkeit unter den Verbündeten gemindert war. Die oberste Frage hat eine vorübergehende Streitigkeit hervorgerufen. Wenn diese aber einmal geregelt ist, und dies wird nicht lange dauern, so will ich hoffen, daß trotz allem für die Völker der Entente die Notwendigkeit bestehen bleibt, ihre engste Einigkeit zu bewahren, um Europa das Gleichgewicht und die Beständigkeit zu sichern, die für den Frieden der Welt unentbehrlich sind.

Polloes Ehrenerklärung für das Reichsgericht.

London, 17. August. Nach einer ergänzenden Reuter-Meldung sagte der Solicitor-General Pollock im Unterhaus über die Leipziger Prozesse noch u. a., er sehe sich gezwungen zu erklären, daß die Art und Weise, wie der Präsident des Reichsgerichts die Prozesse geführt habe, sicherlich den ausrichtigen Wunsch zeige, der Wahrheit auf den Grund zu kommen. Aber die französischen und belgischen Fälle sei er nicht unterrichtet, aber es würde unfair von ihm sein, nicht zuzugeben, daß nach seinem Eintreten der Leipziger Gerichtshof entschlossen war, die Wahrheit ans Licht zu bringen. Wie die Urteile auch lauten möchten, die Unschicklichkeit des Gerichts scheine über jeden Zweifel erhaben.

Italien habe im Obersten Rat erklärt, es sei ihm gegenwärtig unmöglich, sich, bevor es mit der Verhandlung italienischer Fälle eigene Erfahrungen gemacht hätte, eine Meinung darüber zu bilden, ob die Leipziger Prozesse fortgesetzt werden sollten. Daher sei beschlossen worden, daß französische, belgische, italienische und englische Juristen darüber beraten und entscheiden sollten, wie man die Leipziger Prozesse zu beurteilen habe. Das Problem der Beurteilung der Kriegsbeschuldigten sei sehr schwierig gewesen. Es sei bisher gelungen, Schuldigerklärungen in den verhandelten Fällen zu erreichen, obgleich einige, die die Angelegenheit vom Standpunkt der Sache ansehen, einräumt sein werden. Pollock äußerte sodann Zweifel darüber, ob irgendwelche Schuldigerklärungen in einem Lande bei Anklagen, die von einem anderen erhoben würden, jemals eine dem Richtermaß des anliegenden Landes entsprechende Genugtuung

Die neuen Reichsadler. Am Tage der Verfassungsfeier wurde im Berliner Opernhaus und auf der Fährde des Reichspräsidenten in der Wilhelmstraße der neue Adler viel bemerkt, den Rudolf Koch-Diffenbach, der bekannte Schriftkünstler, für das Reich geschaffen hat. Er stellt, nachdem die vielumstrittenen Reichsadler-Holzschneide-Schmidt-Kontroversen in ihrer Betonung ebenso künstlerischer wie handwerklicher Gesichtspunkte neue Wege gebahnt hatten, für bestimmte Aufgaben eine Lösung dar, die aus dem Geiste der Schriftkunst großzügig entwickelt ist. Zum Beispiel kann der Entwurf, den Koch für die Schilder von Finanzämtern geschaffen hat, als eine musterhafte Lösung gelten. Ist hier der Adler auf die Form des Schindes hin komponiert und fügt er sich mit den kräftigen Fraktur-Buchstaben zu einem einheitlichen Bilde zusammen, so hat Koch für andere Zwecke einen dem Schindes eingehendsten Adler gezeichnet, der nicht minder gute Lösungen ermöglicht.

Der zweite neue Adler, der im Auftrage des Reichskunstwartes Dr. Redlob geschaffen wurde, ist der für den neuen Reichsstempel, eine Arbeit von Siegmund von Weech, die gleichfalls in mehreren, dem Zweck angepaßten Formen vorliegt. Besonders der Stempel des Reichsministeriums des Innern, der helle Adler und die helle Antiqua-Schrift auf rotem Grunde, zeigt eine vorzügliche Lösung der durchaus nicht leichten Aufgabe. Bisher kamen diese Vögel fast immer verklebt und fragmentarisch zum Ausdruck, die häßlichen, halb naturalistischen Formen des Tieres machten die Stempel auch bei gutem Abdruck unansehnlich. Jetzt ist das Tier straff heraldisch geformt, in ein Sechseck läßt es sich etwa einbeschreiben, die Formen leiten zum Teil zum Rund über, mit der runden Linirung der Schrift fügt sich der Adler zu einem einheitlichen Bilde zusammen. Arbeiten wie diese können einer gefundenen Tradition für ein bisher leider meist vernachlässigtes Gebiet die Grundlage schaffen.

Schade, daß das neue preussische Wappentier keinen Hauch dieses gefunden künstlerischen Geistes und kultivierten Geschmacks spüren läßt.

Eine neue deutsche Marmorart ist bei dem Orte Groß-Rungen-dorf im Kreise Riesa, dem Mittelpunkt der schlesischen Marmorindustrie, gefunden worden. Seit diesen Jahren wird in unmittelbarer Nähe dieses Ortes in zahlreichen Brüchen der bekannte schlesische Edelmarmor gewonnen. Neben den sonst hier vorherrschenden weißen und bläulichen Schichten wurde nun unerwartet ein gelber Marmor entdeckt. Beim Polieren nahm er Hochglanz an und zeigte eine schöne goldgelbe Grundfarbe, die von feinen schwarzen Adern durchzogen wird. Ein Urteil über die Ausdehnung der gelben Schichten läßt sich zurzeit nicht geben, da man noch mit den Aufschleusungsarbeiten beschäftigt ist.

Daß wir übrigens hinsichtlich der Menge des in Deutschland vorkommenden Marmors unbesorgt sein können, beweisen u. a. die umfangreichen Brüche an den Nordhängen der Alpen unweit des Tegernsees, im bayerischen Jura bei Treuchtlingen und Weissenburg, im Fichtelgebirge bei Hof, im Sächsischen bei den Orten Weiburg und Baldunstein und in Westfalen in der Umgegend von Alagen.

ergeben würden. Pollock sagte weiter: Was auch immer das Endergebnis sein mag, es muß daran erinnert werden, daß wir zum ersten Male in der Weltgeschichte das besiegte Land dazu gebracht haben, seine Schuldigen vor Gericht zu stellen. Die Gerichte des besiegten Landes haben bereits einige ihrer Landesleute für schuldig befunden, Grausamkeiten begangen zu haben und Urteile gefällt, die, wenn wir sie auch für unzulänglich erachten, doch das Brandmal des eigenen Landes tragen. Wie werden hinsichtlich der erzielten Ergebnisse immer sagen können, daß Deutsche vom höchsten Gerichtshof Deutschlands verurteilt worden sind. Vom Rechtsstandpunkt aus und vielleicht auch von dem der internationalen Justiz war das kein geringer Erfolg. Wenn die Schuldigen vor die Gerichte der Sieger gestellt worden wären, so hätte man sie in Deutschland als Märtyrer ansehen können.

Auch die Italiener erstatten Bericht.

Rom, 18. August. (WZB.) Im Ministerrat haben Bonomi, della Torretta und Soleri Bericht erstattet über das Ergebnis der Pariser Konferenz, in erster Linie auch über die Finanzfrage. Der Ministerrat hat beschlossen, zwei Bataillone als Verstärkung der italienischen Truppen nach Oberschlesien zu entsenden.

London, 18. August. (WZB.) „Morning Post“ zufolge verlautet, daß die britische Regierung bereit sei, zwei weitere Bataillone zur Aufrechterhaltung der Ordnung bis zur Grenzregelung nach Oberschlesien zu entsenden, wenn Frankreich und Italien eine gleiche Anzahl von Truppen schicken.

Völkerbündel am 25. August in Genf.

Paris, 18. August. (WZB.) Die Haas mitteilt, soll Baron Jshli, nachdem in den letzten Tagen ein lebhafter Meinungs-austausch stattgefunden hatte, und hauptsächlich infolge der am 17. August zwischen den Mitgliedern des Völkerbündels in Paris abgehaltenen Besprechungen beschlossen haben, die ursprünglich auf den 1. September festgesetzte Session des Völkerbündels auf einige Tage früher zu verlegen. Der Rat soll in Genf gegen den 25. August zusammenzutreten. Auf der Tagesordnung wird in erster Linie die Prüfung der ober-schlesischen Frage stehen.

Devaleras Kampfanzeige.

Dublin, 17. August. (Reuter.) Im Sinnseinerparlament erklärte Devalera: Wir können die englischen Bedingungen nicht anerkennen und wollen sie nicht annehmen. Irland wird nicht das Statut eines britischen Dominion angeboten. Die Iren beabsichtigen, mit aller Macht Widerstand zu leisten und sie sind bereit, den unvernünftigen Ansprüchen Englands entgegenzutreten. Die Iren sind bisher nicht vor der Gewalt zurückgewichen, sie werden auch jetzt nicht zurückweichen, weil mehr Waffen herbeigerufen worden sind.

Lloyd George will die Konjunktur ausnützen.

London, 17. August. (EP.) Die Abendblätter melden, daß, wenn keine Verständigung mit Irland erzielt wird, die Regierung Neuwahlen vornehmen werde, woraus sie zweifellos angesichts der sehnlichen Lage mit großer Mehrheit hervorgehen wird.

London, 18. August. (WZB.) In einer Erklärung aus Anlaß der letzten Erziehungswahl sagt Lloyd George, der politische Horizont des Landes habe sich in den letzten Monaten sehr verändert. Die industrielle Welt Englands sei von einem versöhnlichen Geiste erfüllt. Die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern hätten sich verbessert. Die Ausichten in der Industrie seien günstiger als seit langer Zeit. Der gesunde Menschenverstand des englischen Volkes werde der Aufregung zum Klassenkampf, zu Streiks, Ausperrungen und Drohungen mit der direkten Aktion überdrüssig. Der englische Arbeiter habe das melancholische Beispiel des ruinierten Rußlands vor Augen und wolle aus seiner eigenen Heimat nicht ein neues Rußland machen.

Aus dem Reiche der Stilleheit. Das Kur-Theater in Bad Neichenhall erhebt, wie zahlreiche andere deutschen Bühnen, einen ständigen Zuschuß, ohne den es nicht bestehen könnte. Der Direktor des Theaters erhielt nun ein Schreiben, in welchem es u. a. heißt: „Die angeforderten als unzulässig zu erachtenden Theaterstücke „Reigen“ von Schnitzler, „Die Wähe der Pandora“ und „Frühlings Erwachen“ von Wedekind usw. dürfen bei Weibung des sofortigen Entzuges des Zuschusses nicht zur Aufführung gelangen.“

Wenn Kahr-Bayern auch in manchem anderen etwas zurückgelassen sein mag, in schämiger Neuschheit wird es bald an der Spitze Deutschlands marschieren.

Ein französisches Gesundheitsministerium. Die Sorge für die Volksgesundheit, die infolge der Kriegsverluste besonders dringlich wurde, hat in verschiedenen Ländern zur Einrichtung medizinischer Zentralbehörden geführt, so in England, Rußland, Polen, Desterreich, Ungarn, Jugoslawien, Tschechoslowakei. In Deutschland ist man noch nicht so weit.

Auch in Frankreich wurde jetzt ein Gesundheitsministerium ins Leben gerufen. Es besteht aus vier Abteilungen: der Abteilung für Unterstützung und öffentliche Gesundheitspflege, der Abteilung für Unterstützungen auf Gegenseitigkeit, Personalangelegenheiten und Rechnungswesen, der Abteilung für Versicherung und soziale Fürsorge und der Abteilung für Beaufsichtigung von Privatversicherungen. Dem Ministerium ist ein Oberster Rat für Geburtenförderung angegliedert, der dem Geburtenrückgang steuern soll.

Mit Recht wird getobt, daß Reichshäuser, Sparkassen und ähnliche Einrichtungen im Rahmen des Gesundheitsministeriums untergebracht sind, während andere wichtige Gebiete, wie das Militär-Gesundheitswesen, die medizinische Lehrthätigkeit, Nahrungsmittelhygiene, Seuchensüberwachung usw. anderen Ministerien unterstehen.

Singen macht Appetit. Wenn man Professor Frossard von der Pariser Sorbonne Glauben schenken darf, so gibt es kein besseres Mittel, sich gesund und frisch zu erhalten, als lustige Weisen zu trällern. Eine Denkschrift, die der französische Mediziner kürzlich der Pariser Akademie der Wissenschaften vorlegen ließ, führt dies näher aus. Auf Grund der Versuche, die er mit Hunderten an Ueberreizung der Magenerven leidenden Patienten vornahm, kam Frossard zu der Feststellung, daß das gestörte Gleichgewicht des Nervensystems wieder hergestellt und der gesunde Appetit wieder belebt wird, wenn der Patient ein paar Wochen lang sich der Beschäftigung hinauß, heitere Melodien zu singen.

In der Aussprache, die sich an die Verteilung der Denkschrift knüpfte, wurde von einigen Mitgliedern der Akademie empfohlen, vor allem in dichtbesiedelten Stadtteilen, deren Bewohner der Gefahr von Nervenstörungen besonders ausgesetzt sind, Gesangsclubs einzurichten, in denen die Probe auf das Frossardsche Crempeel gemacht werden soll.

Sehr erquicklich. Nur haben die Pariser Gelehrten leider ver-säumt, sich Mittel anzugeben, mit denen die Bewohner dichtbesiedelter Stadtteile ihren durch Gesang belebten Appetit nachher stillen können.

Berufsschule und Arbeitskultur.

Das bestehende Fortbildungs- und Berufsschulwesen stellt einen lebensunfähigen Ueberrest einer veralteten Wirtschafts- und Gesellschaftsform dar. Die heutigen Berufsschulen haben nur zum geringen Teil mit der technischen Entwicklung des Arbeitsprozesses und der Industrielieferung der Welt Schritt halten können. Sie sind aber um lange Strecken hinter der Entwicklung der sozialen und psychologischen Probleme zurückgeblieben. In ihnen häufen sich die Fehler der Berufsschule, der Schulbureaucratie und des privatwirtschaftlichen Epigamismus. Ihnen mangelt die Objektivität des Lehrgutes gegenüber dem Kampf alter und neuer Wirtschaftsformen und -theorien, ihr Bildungsziel ist ein nur-sachliches Menschentum.

Das legt Dr. Olga Essig, Parteigenossin und Schul-reformerin, in einer soeben bei C. U. Schweichse u. Sohn, Berlin, erscheinenden Broschüre „Die Berufsschule als Glied der Produktionschule“ dar. Olga Essig ist Gewerbeschullehrerin und soeben als Nachfolgerin von Dr. Anna Siemen, die bekanntlich als Dozentin für das Fach- und Fortbildungsschulwesen nach Berlin kommt, nach Düsseldorf in die Leitung des dortigen Fach- und Fortbildungsschulwesens berufen. Ihre Ausführungen sind also theoretisch und praktisch von größtem Interesse. Sie will die äußeren Schranken forträumen, damit die innere Erneuerung beginnen kann. Die Berufsbildung muß wieder in die Wirtschaft hineinverlegt werden, als engste, räumliche und erzieherische Verbindung der heutigen Berufsschule mit den größten und technisch vollkommensten Wirtschaftsbetrieben, als eine Wiedervereinigung von Arbeit, Unterricht und Erziehung auf höherer ökonomischer Basis. Die Berufsschule soll nicht nur lehren zu arbeiten, um Brot zu verdienen, sie soll vielmehr den ganzen Menschen, Hand und Kopf, Körper und Geist bilden und formen, den Sinn der Arbeit ethisch, volkswirtschaftlich begreifen lehren und alle sittlichen und kulturellen Bildungswerte, die in der Arbeit eingeschlossen sind, erschließen. Sie soll die Grundlagen zu einer Arbeitskultur liefern.

Der Frankfurter Vortrag der Verfasserin, der hier erscheint, hat in der Fachwelt außerordentliches Aufsehen erregt. Das Heft, das dazu noch Waffen für den Kampf liefert (es enthält die rechtlichen Grundlagen, die Einrichtungs- und Lehrplanbestimmungen, und die Lehren über die Auswahl und Ausbildung der Lehrkräfte für alle Fach- und Fortbildungsschulen, endlich die Leitfäden der Reichsschulkonferenz) muß die Gewerkschaftler, die Fach-, überhaupt alle Lehrer, muß Industrielle und Volkswirtschaftler interessieren! Hier ist die Zukunft!

Paul Destrach.

„Wir sind Demokraten“.

Aus der Geschichte der Unabhängigen.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Gründungsparlamentes der U.S.P.D., der vom 6. bis 8. April 1917 in Ostfaß stattfand, ist jetzt neu aufgelegt worden. Als Herausgeber zeichnet Emil Eichhorn (Verlag A. Seehof u. Co., Berlin C. 54). Die feinerzogene von der militärischen Zensur gestrichelten Stellen sind neu eingefügt und besonders kenntlich gemacht. Die Durchsicht der 120 Druckseiten bietet zu allerhand rückschauenden Betrachtungen Anlaß. Für heute aber wollen wir nur die Worte hervorheben, die der Referent zu einem der Hauptpunkte „Unsere Aufgaben“ gesprochen hat. Er sagte:

Der ganze Parlamentarismus, der häufig in Mißkredit gekommen ist, nicht um wenigsten, wie ich zugebe, durch die Schuld von Parlamentariern, auch von sozialdemokratischen Parlamentariern, ist doch eine Notwendigkeit. Wir sind Demokraten. Nicht nur Sozialisten, sondern auch Demokraten. Wir suchen die Demokratie in Staat und Gesellschaft herbeizuführen. Wir dürfen aber nie vergessen, daß die wahre Demokratisierung des öffentlichen Lebens deshalb unmöglich ist, weil sie nur durchführbar ist in ganz kleinen Gemeinwesen. Völlige Demokratie wird bedingen, daß alle Männer und Frauen sich verständigen, um zu beschließen zu können. In dem früheren kleinen Gemeinwesen der alten Zeit war das möglich. In der Gegenwart ist die Ausprägung der Meinungen nur möglich durch ein Vertretungssystem. Wenn wir aus irgend einem Grunde den Parlamentarismus heute abschaffen, morgen müßten wir ihn wieder einführen. Selbstverständlich stellen wir an die Parlamente höhere Ansprüche, als sie die Parlamentarier der bürgerlichen Gesellschaft bisher erfüllen, und suchen sie durch bessere Ausgestaltung herbeizuführen. Wir wollen die Parlamente auf eine möglichst ausgedehnte Beteiligung aller Männer und Frauen gründen. Es müßten die Legislaturperioden verkürzt werden, dann hätte die Bevölkerung mehr die Möglichkeit, ihre Abgeordneten zu beeinflussen.

Ein Abgeordneter, der fünf Jahre im Sattel sitzt, kann es einigermaßen darauf ankommen lassen, ob seine Wähler mit ihm zufrieden sind, aber bei zwei Jahren ist er schon genötigt, sich den Meinungen anzupassen, weil er sonst eventuell einem Manne oder einer Frau Platz machen müßte, die besser imstande ist, den Ansprüchen der Wähler zu genügen. Schließlich wollen wir den Parlamentarismus ergänzen durch das Referendum, d. h. die Entscheidung großer wichtiger Fragen durch Volksabstimmung. Es gibt Anlässe hierzu in der bürgerlichen Gesellschaft; in Deutschland sind wir allerdings noch weit davon entfernt.

Wer ist der Mann, der dieses lächerliche Verlangen zur Demokratie abgelegt hat, wie sie bis auf einen kleinen Punkt (vierjährige Wahlperiode) in der Weimarer Verfassung restlos verwirklicht worden ist? Er heißt Georg Ledebour. Als aber in Deutschland all das geschaffen werden sollte, was Ledebour anderthalb Jahre vorher gefordert hatte, da inszenierte derselbe Georg Ledebour einen Putzsch gegen Demokratie und Parlamentarismus. Er, der gesagt hatte: „Wenn wir aus irgend einem Grund den Parlamentarismus heute abschaffen, müssen wir ihn morgen wieder einführen,“ er wollte durch den Januarputsch die Wahlen zur Nationalversammlung verhindern. Niemand hat die sinnlose Ledebour'sche Tat von Januar 1919 von vorne herein schärfer beurteilt — als Georg Ledebour.

Die Probe aufs Exempel.

Als in Berlin die großartige Demonstration „Nie wieder Krieg“ stattfand, erklärten reaktionäre Blätter eine solche Demonstration für sinnlos, denn in Deutschland dächte niemand daran, einen Krieg zu führen. Nun lesen wir heute in der „Kreuz-Zeitung“:

Das deutsche Volk hat mit den Subjekten der roten Preßmeute nichts zu schaffen. Das deutsche Volk denkt an vergangene Größe, trauert um das verlorene Kaiserthum und hofft heißen Herzens auf Befreiung aus Schmach und Schande und Rache an den Feinden. Und weder die Moskowiter der „Roten Fahne“, noch die Volksmänner der „Freiheit“ oder die des „Vorwärts“ werden das deutsche Volk hindern können, wenn es zu den Sternen greift, um sein Menschenrecht zurückzuerobieren.

Damit scheint uns der lächerliche Beweis geliefert zu sein, daß in Deutschland in der Tat „niemand“ an neuen Krieg denkt.

Keine Zersplitterung in der Ruffenhilfe!

Die kommunistische Partei will immer noch nicht begreifen, daß die Ruffenhilfe keine Parteiangelegenheit ist. Hat sie ihren Moskauer Meister wirklich nicht verstanden, als er einen Diktator um Hilfe auswandte und dem internationalen Roten Kreuz in Rußland freie Hand gab? Wir müssen leider annehmen, daß sie leninistischer sein will als Lenin. Deswegen versucht sie immer wieder, die Hilfsaktion unter ihre Fittiche zu bekommen. In Berlin ist's ihr endgültig mißlungen. Die Gewerkschaftskommission und damit auch SPD. und U.S.P.D. haben es abgelehnt, in irgendeiner Form mit den kommunistischen Gemeinschaft zu haben. Die Berliner Arbeiter haben frühere Fälle noch in zu guter oder richtiger zu schlechter Erinnerung. Wir wollen den Russen gern helfen, bei allem Unterschied der politischen Bestimmung, aber wir wollen nicht, daß das Geld der deutschen Arbeiter den schwierigen Umweg über kommunistische Parteikassen macht.

Jetzt versucht überdies die R.P.D. die Einigkeit durch Anrufung der — Zweiten Internationale zu erzwingen. Münzberg hat tatsächlich diesen Versuch unternommen. Er ist auch an die anderen internationalen politischen Arbeitervereinigungen herangetreten. Was in Berlin mißlungen ist, soll durch Anrufung der Internationale erreicht werden. Man will den Klassenkampf gegen Typhus und Cholera organisieren. Welch ein Unsinn. Wir können nur wiederholen, daß die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen solche Dummheiten nicht mitmachen. Die Gewerkschaftsarbeit der Amsterdamer Internationale mit dem internationalen Roten Kreuz in Genf ist gesichert, bei ihr ist die Kontrolle aller Maßnahmen durch die Arbeiterchaft gewährleistet. Zurzeit verhandeln Souhauz und Dudgeest in Genf über die Durchbildung dieser Gemeinschaftsarbeit. In ganz Deutschland sind durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund Sammlungen eingeleitet. Die deutsche Hilfsaktion hat als erste zu sich führenden Resultat geführt. Eben erst ist schon wieder eine Hilfsaktion nach Rußland abgegangen, sie ist nach Odessa unterwegs. Für Georgien (Tiflis) ist man bei der Zusammenstellung des Transportes. Das deutsche Rote Kreuz hat eine erste Kraft für Seuchenbekämpfung zur Verfügung gestellt. Die Arbeit der deutschen Unterstützungskomitee ist materiell heute schon für 5—6 Monate fundiert.

In der sachgemäßen Richtung dieser Arbeit werden die deutschen Arbeiter mitmarschieren, sie werden Rußland helfen, soweit es in ihren Kräften steht, sie lehnen es aber ab, sich von den deutschen Kommunisten brandstücken zu lassen.

Grazer Arbeiter gegen Kaisertröge.

Graz, 18. August. (W.F.). Aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers Karl hatten sich gestern Abend etwa 300 Mitglieder des Reichsvereins der Oesterreicher in einem Gasthaus zusammengefunden. Arbeiter sprengten die Versammlung, wobei es zu Ausschreitungen kam. Ein früherer Offizier gab einen Schuß ab, durch den jedoch niemand verletzt wurde. Schließlich wurde die Polizei gerufen. Der Monarchistenführer, Hauptmann Friedl, wurde in Schußhaft genommen. Die Arbeiterschaft ist sehr erregt. Ein starkes Polizeiaufgebot patrouilliert in der Stadt.

Nur ein Handelsobjekt. Nach einer Zeitungsmeldung soll die Stinnes-Werft ihren neu erbauten Dampfer „Tirpitz“ sofort nach Fertigstellung an eine kanadische Gesellschaft verkauft haben. Nach anderer Darstellung ist dies falsch, es handele sich um einen alten Dampfer gleichen Namens. Bezeichnend ist nun aber, daß die „Kreuz-Zeitung“, welche die erste Darstellung glaubt, einen solchen Vorgang sehr billigen Wert und natürlich findet, weil es sich eben um einen Stinnes handelt. Sie hat kein Wort der Entschuldigung dafür, daß ein eben fertiggestellter deutscher Dampfer an das Ausland verkauft wird, was doch, wenn es zuträfe, ein mehr als seltsamer „Wiederaufbau der Handelsflotte“ wäre, für den das Reich bekanntlich Milliardenzuschüsse zahlt. Vielmehr schreibt die „Kreuz-Zeitung“, „Ein neu erbauter Dampfer ist eben ein Handelsobjekt“. Morgen wird sie dann die bekannte alldemokratische Phrase wiederläuten, wir seien ein Volk der Helden und nicht der Händler.

Parteitag Görlitz.

Die Anmeldung der Delegierten zum Parteitag bei der Wohnungskommission ist bis jetzt nur in verhältnismäßig geringer Zahl erfolgt. Die Delegierten werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, bis spätestens 31. August mitzuteilen, für welche Tage sie Anwesenheit wünschen. Spätere Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Es ist erforderlich, den Tag der Ankunft und der Abreise genau anzugeben, da jeder Tag, der bestellt wird, auch wenn keine Benützung des Logis erfolgt, bezahlt werden muß. Besondere Wünsche (z. B. nach Privatlogis) werden nach Möglichkeit berücksichtigt.

Alle Mitteilungen in Wohnungsfragen sind an den Vorsitzenden der Wohnungskommission Genossen Gotthold Dikte, Görlitz, Luisenstr. 8, zu richten. Die Parteipresse wird um Nachdruck gebeten.

Groß-Berlin

Das Fahrkartengeheimnis.

Das ist eine merkwürdige Angelegenheit, die imstande ist, die immer schon etwas wackligen Ueberzeugungen von den feststehenden Eisenbahnpreisen gänzlich über den Haufen zu werfen. Aber vielleicht liegt die Schuld nicht an der Eisenbahndirektion und nicht an den Eisenbahnbeamten, sondern an uns, weil wir eine Einbildung zu einer Ueberzeugung machen. So glauben die meisten noch, daß wir einen festen Eisenbahntarif haben, und daß die Fahrt zwischen denselben Stationen auf derselben Strecke stets immer denselben Preis kostet — solange natürlich derselbe Tarif gilt.

Wir fahren in zwei Gruppen nach Ostow-Caputh. Die erste Gruppe fuhr vom Bahnhof Charlottenburg, die zweite von dem Bahnhof Steglitz ab. Die eine Gruppe bezahlte vom Bahnhof Charlottenburg nach Wildpark 1,20 M. (die Karte galt vom Savignypfad), die andere vom Bahnhof Steglitz bis Wildpark 1,60 M. Die Fahrt im Fernzug von Wildpark bis Ostow-Caputh kostete 1,20 M. Alles dritter Klasse. Da wir einen längeren Spaziergang und eventuell eine Rückfahrt mit dem Dampfer planten, nahmen wir keine Rückfahrkarten. Der Zufall wollte es, daß wir wieder von Ostow-Caputh zurückfahren. Wie groß war nun unsere Ueberbahrung, als der Schalterbeamte von Ostow-Caputh für die Fernkarte 1,20 M. und für die anderen Karten, sowohl nach Charlottenburg wie nach Steglitz je 1,70 M. verlangte. Es entspann sich folgendes Gespräch: Wir: „Die Karten von Wildpark nach Charlottenburg kosten doch nur 1,20 M., und nach Steglitz 1,60 M.“ Er: „Diese Karten habe ich nicht. Sie können sie vielleicht in Wildpark bekommen. Hier kostet jede Karte 1,70 M. Wenn Sie nicht wollen, brauchen Sie sie nicht zu nehmen.“ (Eine ziemlich selbstverständliche Bemerkung, die beamtete wie private Verkäufer bei jeder ähnlichen Situation niemals versehen (schleunigt an den Mann zu bringen.)

Da wir den Anschluß in Wildpark nicht verpassen wollten, nahmen wir die teureren Karten. Sie hatten Geltung bis Bahnhof Belleoue bzw. bis zum Potsdamer Bahnhof. Dieser Vorfall erweckte bei mir die berechtigten Neugierde nach dem Plan, wie der Verkauf der Fahrkarten wohl geregelt ist. Wenn eine Strecke Savignypfad—Wildpark existiert, wie kommt es, daß man die Karten dafür nur an gewissen Bahnhöfen bekommt? Oder sind die Fahrkarten eine Ware, die in einer Filiale ausverkauft sein kann, während die andere Filiale sie noch besitzt? Oder ist der Aufpreis eine Strafe für den Fahrgast, weil er sich nicht mit einer Rückfahrkarte versehen hat? Denn auch für die Strecke Wildpark—Steglitz müßten wir die Karte für eine Ueberstrecke lösen. Oder sollen diese Karten nur an den Stationen, die auf dieser Strecke liegen, verkauft werden, und die Fahrgäste für den billigeren Preis den Anschlußzug veräumen?

Die Ansicht der Eisenbahnverwaltung über diesen Punkt wäre sehr interessant. Man kann beim besten Willen nicht einsehen, warum bei den jetzigen Tarifen die Eisenbahn noch Extraverkäufe beansprucht und sich für Strecken bezahlen läßt, die jenseits der Teilstrecke liegen, die man befahren will.

Kaiserbilder in Amtsräumen — ?

Aus den Gebäuden der Stadt Berlin sind die Bilder und Büsten Wilhelms des Letzten schon vor längerer Zeit hinausgeworfen worden. Wir hoffen wenigstens, daß man die Anordnung des Magistrats überall befolgt hat. Dagegen finden sich diese Wahrzeichen ehemalsiger „Verehrung“ des nochmals desertierten „Helden“ immer noch bei manchen anderen Behörden, mitunter sogar in Räumen, die für den Verkehr des Publikums bestimmt sind. Es ist klar, daß an solcher Stelle die Beibehaltung der Kaiserbilder und Kaiserbüsten geradezu wie eine von der Behörde ausgehende Demonstration für die zusammengebrochene Monarchie wirken müßte.

Mehrere hierüber gemachte Beobachtungen, von denen uns Kenntnis gegeben wird, liegen schon einige Zeit zurück, so daß die Möglichkeit einer inzwischen doch eingetretenen Aenderung nicht ausgeschlossen scheint. Immerhin gibt es zu denken, daß noch im dritten Jahre der Republik gemeldet werden kann, im Reichs-

postministerium sei der Besucher in einem Vorraum zum Sprechzimmer des Ministers durch ein Kaiserbild „begrüßt“ worden. Glaubhaft ist das; denn es würde durchaus zu der Unentwegtheit passen, mit der besonders bei der Postverwaltung oft noch in Stempeln, Schriftstücken und Hausinschriften die Bezeichnung „kaiserlich“ liebevoll konterfäit wird. Nach einer Mitteilung, die uns von einem Richter zugegangen ist, kann man auch im Justizministerium jetzt wieder den Anblick von Bildern des ausgezeichneten Wilhelm und seiner inzwischen verstorbenen Frau haben. In demselben Vorraum, aus dem diese Bilder nach der Revolution verschwanden, sind sie an den alten Stellen aufgehängt worden. Ist nicht die Justizverwaltung dazu berufen, für den Schutz der durch Verfassung festgelegten republikanischen Staatsform zu sorgen? Das gehört ja wohl auch zu den Aufgaben der Polizei, doch auch bei ihr dürfen Verehrer Wilhelms II. die amtlichen Räume noch mit seinem Bild „schmücken“. Im Amtshaus Kaulsdorf, das jetzt ein Bureau der Groß-Berliner Polizei beherbergt, hängen in einem Raum der Kriminalabteilung große Bilder Friedrichs III. und Wilhelms II. Da in ihm Vernehmungen stattfinden, so kommen die an auffälliger Stelle angebrachten Bilder auch anderen Leuten als den Polizeibeamten zu Gesicht. Was sagt dazu der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin? fragt uns ein Genosse. Aber auch aus Berlin selber wird uns gemeldet, daß hier noch Polizeibeamte unter den Augen ehemaliger Renarcken arbeiten wollen oder müssen. Auf der sogenannten Reichsbankwache kann man noch in einem Dienstraum zwei Kaiserbüsten und eine Reihe Kaiserbilder, darunter auch solche Wilhelms des Letzten, „prangen“ sehen. Da wiederholen wir die Frage: Was sagt dazu der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin?

Wird's nun nicht bald, daß dieser Karbaldose Aufzug, der trotz republikanischer Verfassung noch in Amtsräumen getrieben wird, endlich mal aufhört?

Räuber im Grunewald.

Ein Ueberfall durch bewaffnete Räuber, der bereits am 27. v. M. verübt wurde, beschäftigt erit jetzt die Kriminalpolizei, weil er verspätet zu ihrer Kenntnis gelangte. An jenem Tage befand sich abends um 8 1/2 Uhr eine Dame auf dem Wege von der Station Grunewald nach Pausborn. Auf dem Waldwege wurde sie von einem Manne angesprochen und etwa 20 Meter weit begleitet. Plötzlich zog der Mann einen Revolver, ließ einen lauten Pfiff aus und verlangte nun von der Dame die Herausgabe ihrer Schmucksachen mit der Drohung, daß er sie niederstießen werde, wenn sie sich weigere oder um Hilfe rufe. Die Angefallene erschrock um so mehr, als sie in diesem Augenblick auf den Pfiff hin auch schon einen zweiten Mann mit einem Revolver in der Hand herankommen sah. Sie händigte ihre Schmucksachen aus, und den Ring, den sie auf der Hand trug und behielten zu können glaubte, zog ihr der Räuber auch noch mit Gewalt vom Finger. Mit dem geraubten Gut schlugen sich die Räuber in die Büsche, nachdem sie die Beute noch mit dem Tode bedroht hatten, falls sie nachträglich Alarm schlagen oder Anzeige machen sollte. Erst Angehörige, denen sie von dem Ueberfall erzählte, machten jetzt Anzeige bei der Kriminalpolizei. Für Angaben aus dem Publikum, die zur Ermittlung und Festnahme der Täter und zur Wiederbeschaffung der Beute dienen können, ist eine Belohnung von 2000 M. ausgesetzt. Die Räuber können leider nicht beschleichen werden, da die zu Tode erschrockene Dame sich ihr Aeußeres nicht gemerkt hat. Die Beute der Räuber bestand in einem Brillantring, der in der Mitte einen von kleinen Brillanten umgebenen blauen Stein trägt, einem goldenen Kettenarmband, einer Silberarmbanduhr und einer goldenen Brosche mit vier großen Steinen. Mitteldamen nimmt das Raubdezernat im Zimmer 80 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Die neuen Vorort-Triebwagen.

Vor einiger Zeit hat die Eisenbahnverwaltung im Berliner Bezirk veruchsweise einen neuartigen Zug für den Vorortverkehr auf der elektrischen Strecke Berlin—Großlichterfelde-Ost in den Dienst gestellt. Schon bald nach der Inbetriebnahme mußte der neue Zug, der aus zwei Triebwagen und zwei Beiwagen bestand, aus verschiedenen Gründen wieder aus dem Verkehr gezogen werden, um in der Hauptwerkstatt einen Umbau unterzogen zu werden. Dieser Umbau ist jetzt beendet und der Triebwagenzug auf der Strecke Potsdamer Ringbahnhof—Lichterfelde-Ost wieder im Dienst. Der Umbau hat vor allem die Beseitigung der Klappen über ungenügende Lüftung der Wagen bezweckt. Neben den üblichen an der Dede der Wagen vorzulehnen Lüftungsschächten sind die großen, den Fenstern der D-Zug-Wagen ähnelnden Schieber durch besondere Leisten unterteilt worden und nun so eingerichtet, daß die Fahrgäste selbst die Lüftung in den Wagen regeln können. Neben dem Umbau der Fenster hat der Wagen auch noch Ueberänderungen an der elektrischen Einrichtung erfahren. Ebenso sind im Innern des Wagens noch besondere Handgriffe angebracht worden. Die an den neuen Wagen vorgesehenen Schieber sind beibehalten worden; sie scheinen sich im Eisenbahnbetriebe ebenfalls gut zu bewähren; jedenfalls erleichtern sie die Abfertigung der Züge bedeutend, besonders, weil sie wesentlich breiter sind als die Drehtüren der bisherigen Stadtbahnwagen. Mit der Verwendung von Schiebern ist auch eine Gefahr beseitigt, die besonders in letzter Zeit häufiger Opfer gefordert hat.

Selbst in dieser neuen Form ist aber der neue Triebwagen noch nicht der seitens der Eisenbahnverwaltung angestrebte Einheitswaggon für die neuen elektrischen Fahrzeuge für den Stadt-, Ring- und Vorortverkehr in Berlin. Der endgültige Wagen, für den die Pläne jetzt bearbeitet werden, wird noch länger als die beiden jetzt im Betrieb genommenen Wagen. Die innere Einrichtung wird entsprechend der größeren Größe mehr Sitz- und Stehplätze aufweisen, wenn auch die Inneneinrichtung der Wagen im wesentlichen die gleiche sein wird wie bei den Probewagen, denen ein eigentlicher Übergang fehlt und die nicht wie die alten Stadtbahnwagen in längliche Abteile gegliedert sind. Besonders hervorzuheben wäre von den Vorzügen noch das Fehlen der Trittbretter, daß der Fußboden des Wagens in gleicher Höhe wie der Bahnsteig liegen wird.

Die Wärme im Haushalt und Kleingewerbe.

Am Sonnabend, den 20. August, vormittags 11 Uhr, findet im alten Stadtschloß Charlottenburg, Luisenplatz, die Eröffnung der Ausstellung zur Belehrung über sparsames Heizen und Kochen statt, auf welche an dieser Stelle bereits hingewiesen wurde. Für das Publikum ist die Ausstellung, welche im Auftrage der Preussischen Landesstellen, des Reichssozialrates und der Stadtgemeinde Groß-Berlin durch die Hauptstelle für Warmwirtschaft veranstaltet wird, am Sonnabend nachmittag von 3 bis 7 Uhr, im übrigen täglich von 10 bis 7 Uhr geöffnet. Der Eintrittspreis beträgt 2 Mark, für Schulkinder die Hälfte.

Die Ausstellung ist mit praktischen Vorführungen und Erklärungen an den verschiedenen Ofen und Kochherden verbunden. In den einzelnen Abteilungen sind ständige Erklärer zugegen.

Kohlenbrand auf Bahnhof Jenckstraße. Ein gefährlicher Brand kam in der vergangenen Nacht aus unbekannter Ursache auf dem Kohlenbahnhof Jenckstraße 22/26 in der Nähe des Rordhafens zum Ausbruch. Es brannten dort bei Anbruch der 6. Kompagnie Kohlen, Brennholz, Restkettens und anderes der Firma Simon und der Kohlenbelag der dortigen Ausladebrücke des Eisenbahndockings in großer Ausdehnung. Der 23. Wächterzug mußte mit mehreren Schlauchleitungen längere Zeit tüchtig löschen, um die anwachsenden Kohlenplätze zu schützen. Der Schaden konnte noch nicht festgestellt werden.

Das Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken, kühler, heiter. Am Tage gemäß warm, bei meist schwachen nördlichen Winden.

Gewerkschaftsbewegung

Drohender Wirtschaftskampf in Oberschlesien.

Dresden, 18. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Ein großer Wirtschaftskampf im ober-schlesischen Berg- und Hüttenwesen scheint unmittelbar bevorzusehen. Nachdem die Arbeitgeber zunächst jede Verhandlungen über die Forderungen der Arbeiter und Angestellten anlässlich der Teuerung seit dem Aufstände abgelehnt hatten, hat die Arbeiter- und Angestelltenorganisation einen neuen geschlossenen Vorstoß für ihre Forderungen unternommen. Daraus ist bisher eine Antwort des Arbeitgeberverbandes nicht erfolgt.

Ein führender ober-schlesischer Gewerkschaftsvertreter veröffentlicht in der „Dresdener Volkszeitung“ eine Darlegung des gegenwärtigen krisenhaften Zustandes, in der er feststellt, daß die polnischen Organisationsvertreter die Hauptschuld daran tragen, wenn die Arbeitgeber einen ablehnenden Standpunkt gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften einnehmen. Sie glauben ihres Sieges für Oberschlesien schon sicher zu sein und haben beim Arbeitgeberverband allein zu sondieren versucht mit dem Drängen, in Zukunft nicht mehr mit den deutschen Gewerkschaften zu verhandeln. Der Arbeitgeberverband erklärt indessen, daß die bisherigen Tarife von den deutschen und polnischen Organisationen unterzeichnet seien und daß er insoweit ein einseitiges Vorgehen der polnischen Organisationen ablehnen müsse. Infolge des nationalen Gegenjahres sondert aber lange Zeit hindurch keine Verhandlungen in Wirtschaftskampfen statt.

Erst der letzte Vorstoß anlässlich der wachsenden wirtschaftlichen Not hat die Zusammenarbeit der polnischen und deutschen Organisationen insolge der vollkommen ablehnenden Haltung der Arbeitgeber beiden gegenüber wieder ermöglicht. Auch der Beginn der Verhandlungen zwischen dem Ober-schlesischen Volkerrat und dem Deutschen Ausschuss für Oberschlesien über die gemeinsame Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung hat entspannend auf die Gegensätze zwischen den beiden Arbeiterorganisationen gewirkt, so daß ein einheitliches organisatorisches Vorgehen der Arbeitererschaft Oberschlesiens in Wirtschaftskampfen wieder stärker in den Vordergrund rückt und als die nationalen Gegensätze es zulehnen. Auch auf der Arbeitgeberseite machen sich gewisse Gegensätze zwischen denjenigen Arbeitgebern geltend, die bereits mit einer Abtretung ihres engeren Heimatbezirkes an Polen rechnen und denjenigen, die sich auf ein deutsches Oberschlesien einrichten.

Zum Kampf in der Berliner Holzindustrie.

Der Kampf in der Berliner Holzindustrie nahm am Montag einen größeren Umfang an, da vielfach die Arbeitgeber zu den von der Funktionärskonferenz angeforderten und am Sonnabend, den 13. August, überreichten Forderungen Bedenkzeit bis Montag erbeten hatten.

Die Bedenkzeit diente lediglich dazu, Informationen von der Leitung der Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie einzuziehen. Die Antwort, die von dort erteilt wurde, ging dahin, unter keinen Umständen die Unterschrift zu dem Reichsmantelvertrag und der Lohnvereinbarung zu leisten, andernfalls die erteilten Zwangsmaßnahmen gegen derartige Arbeitgeber in Anwendung gebracht werden. Der Effekt war der, daß die so eingeschüchternen Tischlermeister und Fabrikanten die geforderte Unterzeichnung verweigerten und in 607 Betrieben mit 8898 Beschäftigten die Arbeit eingestellt wurde.

Täglich erscheinen Tischlermeister im Bureau des Holzarbeiterverbandes und erheben, von der Unterschrift Abstand zu nehmen, um nicht den Terroristen aus der Alexanderstraße 31 zum Opfer zu fallen, sich aber ehrenwürdig verpflichten, die gestellten Forderungen restlos anzuerkennen. Stündlich laufen unterzeichnete Verträge und Lohnabkommen ein und einige tausend Holzarbeiter arbeiten jetzt schon zu den neuen Bedingungen.

Die Fachpresse der Holzindustriellen gibt ebenfalls ein anschauliches Bild von dem Zustand, der in den Kreisen der Tischlermeister besteht. In scharfer Welle wird den Treiber des Scharfmachers Paetz entgegengetreten und Zerfallerscheinungen machen sich in unverfennbarer Weise im Lager der Arbeitgeber bemerkbar. Dem gegenüber steht ein unerfütterlicher Kampfes- und Siegeswille der Holzarbeiter.

Hungerlöhne und soziales Elend haben die Berliner Holzarbeiter als eine der ersten Gruppen in den Kampf gedrängt, den die Gesamtarbeitererschaft gegen völliges Verhungern zu führen haben wird.

Am Dienstag wurde durch ein Schreiben der Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustriellen die Forderung gestellt, die Holzarbeiter zu veranlassen, die Arbeit heute wieder aufzunehmen, andernfalls mit der Stilllegung aller Betriebe der Berliner Holzindustrie gedroht wurde. Obgleich im übrigen Reich der Reichsmantelvertrag angenommen wurde, wollen diese Scharfmacher selbst davon nicht zurückweichen, eine ganze Industrie völlig stillzulegen, nur aus Rechthaberei. Leute, die ein derartiges Spiel treiben, gehören nicht an die Spitze einer wirtschaftlichen Organisation.

Selbst diese Drohung und andere angedrohte „wirtschaftliche Gegenmaßnahmen“ werden die Berliner Holzarbeiter nicht beirren, den ihnen aufgezwungenen Kampf in allgemeiner Weise bis zur siegreichen Beendigung durchzuführen.

Streik in der Nähmaschinen-Branche.

Am Montag, den 15. August 1921 fand im großen Saal des Metallarbeiter-Verbandsbüros, Linienstraße 83/85, eine Versammlung aller in der Nähmaschinen-Branche Beschäftigten statt, die sich besonders mit dem Streik bei der Firma James Guttman, Schönhauser Allee 9, beschäftigte.

Herr Guttman gab einen ausführlichen Bericht über den bisherigen Verlauf dieses Kampfes. Löhne von M. 4,60 bis M. 5,40 seien an der

Tageordnung. Die Belegschaft forderte eine 20 Proz. Zulage. Die Antwort der Firma war eine Einteilung der Gesamtbelegschaft in 12 Lohnstufen und zwar so, daß Arbeiter, die gleiche Arbeiten verrichten, teils in die erste und teils in die vierte Lohnstufe eingereiht wurden. Daraufhin wurde am 20. Juli die Arbeit niedergelegt. Nach drei Wochen wurde von Herrn Guttman, Inhaber der Firma Guttman, eine Verhandlung anbehalten und eine Lohnerhöhung von 5 bis 8 Proz. angeboten. Die Arbeiter lehnten dieses Angebot ab. Am gleichen Tage erhöhte die Firma Guttman ihre Fabrikpreise um 10 Proz., um so noch einen Extraprofit aus ihrem Angebot für sich herauszuschlagen.

An diesen Bericht schloß sich eine recht lebhaft diskutierte und zustimmende Sitzung an. Alle Redner erklärten den Streikenden ihre volle Sympathie und versprachen auch materiell für die Kollegen einzutreten zu wollen.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung der in der Nähmaschinen-Branche Beschäftigten spricht den Kollegen von Guttman ihre volle Sympathie aus und verpflichtet sich 1. keine Streikarbeit anzufertigen, 2. die Kollegen materiell nach einem vereinbarten Plane zu unterstützen. Weiter spricht die Versammlung der J. Guttman und den anderen Firmen ihre Mißbilligung darüber aus, daß man wohl die Fabrikate um 10 Proz. verteuert, die Löhne der Arbeiter aber nicht wesentlich erhöhen will. Der Verlauf der Versammlung sollte den Nähmaschinenfabrikanten zeigen, daß auch in den Reihen ihrer Arbeiter das Verlangen nach menschenwürdigen Löhnen fest zu Fuß gefaßt hat. Sie sollten daher unerbittlich versuchen, den Forderungen der Arbeitererschaft gerecht zu werden.

Verbotene Sammlungen für Rußland.

In einer Betriebsversammlung im Siemens-Konzern nahm die Belegschaft unter anderem auch Stellung zu dem Aufruf der Organisation zur Unterstützung des notleidenden russischen Volkes. Sie faßte einen Beschluß, auf die von den Verbänden herausgegebenen Sammlungslisten innerhalb des Betriebes zu verzichten. Die Belegschaft hatte aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Firmenleitung hat ein generelles Verbot für diese Rußlands-Sammlung, die sie als „politische Demonstration“ bezeichnet, erlassen. Damit stellt sich der „demokratische Siemens-Konzern“ in eine Reihe mit den Leuten vom Schloß der Schreiber der „Deutschen Tageszeitung“, daß Rußland nur Kanonen helfen können.

Alle Welt sammelt heute für das hungernde russische Proletariat. Kein Mensch, der auch nur ein Fünkchen Menschheitsgefühl in sich hat, stellt sich beiseite. Alle politischen Motive werden angesichts der furchtbaren Katastrophe in Rußland zurückgestellt, und nur ganz wenige Menschen wird es geben, die brutal genug sind, aus politischen oder sonstigen Gesichtspunkten heraus sich an dieser Hilfsaktion nicht zu beteiligen, oder gar dagegen anzulampfen. Zu diesen wenigen gehört entschieden auch der Regierungsbaumeister Pfeil, der als Vertreter der Generaldirektion der Siemens-Firmen das Ersuchen der Arbeitnehmervertretung auf Genehmigung der Sammlungen in den Betrieben grundsätzlich abgelehnt hat mit der Begründung, es sei eine politische Demonstration.

Der Haß der Unternehmer gegen die Arbeitererschaft äußert sich hier wieder einmal in trassierender Form. Die sonst gelübte Wohltätigkeit ist nur Mittel zum Zweck.

Abschluß der Lohnbewegung im chemischen Großhandel.

Die Lohnbewegung der Handelsreisenden im chemischen Großhandel ist jetzt zum Abschluß gekommen. Ueber die einzelnen Phasen dieser sich recht lange hinziehenden Bewegung sind unsere Leser ständig unterrichtet worden. In der Branchenversammlung am Mittwoch wurde berichtet, daß es leider nicht gelungen sei, in neuen direkten Verhandlungen mit der Arbeitgebervereinsleitung ein höheres Angebot zu erreichen, als es die Verhandlung vor dem Demobilmachungskommissar gebracht hatte. Die Versammlung mußte nun darüber entscheiden, ob man gemäß jenem Angebot sich mit einer zehnprozentigen Erhöhung der Löhne für die Zeit vom 1. Juli bis zum 30. September begnügen will. In längerer Diskussion wurde allgemein die Unzulänglichkeit dieser Erhöhung betont, gleichwohl aber aus praktischen Gründen von fast allen Rednern, vorbehaltlich der notwendigen neuen Forderungen, die Annahme empfohlen. Die Versammlung beschloß dann mit großer Mehrheit, das Angebot anzunehmen. Voraussetzung dafür war aber die Zusicherung der Vertreter der Sektionsleitung und der Branchenleitung, daß das Abkommen rechtzeitig zum 1. Oktober gefällig und eine wirklich ausreichende Erhöhung der Löhne für die folgende Zeit mit aller Energie erstrebt wird.

Neue Lohnbewegung im Einzelhandel.

In einer Versammlung der Handelsangestellten im Einzelhandel, die am Mittwoch stattfand, sprach Publii über das Thema: „Was muß uns der neue Lohnvertrag bringen?“ Der Redner faßte seine Antwort kurz dahin zusammen, daß ein neuer Tarif das bringen müsse, was den Angestellten bisher nicht gewährt worden sei, nämlich ausreichende Mittel zu einer menschenwürdigen Existenz. Selbst in der bürgerlichen Presse habe man anerkannt, daß die jetzigen Preise für alle unentbehrlichen Lebensbedürfnisse die normalen Preise mindestens um das 13- bis 15fache übersteigen, und eine noch weitere Verteuerung der Lebenshaltung sei durch die in Aussicht stehenden indirekten Steuern zu erwarten. Bei den neuen Forderungen der Angestellten müsse diesen Verhältnissen Rechnung getragen werden. Auf die Höhe der Lohnsätze einzugehen, werde Aufgabe einer folgenden Versammlung sein. Auch eine andere Eingruppierung dürfte sich als notwendig erweisen. Mit der Wahrnehmung unserer wirtschaftlichen Rechte allein werden wir aber — so führte Redner weiter aus — nicht vorwärts kommen; auch die politischen Rechte müssen energisch wahrgenommen werden. Alle Handelsangestellten müssen sich an den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen beteiligen. Schließlich forderte der Referent zu einer regen Agitation für die Angestelltenorganisation auf.

Nach einer kurzen Aussprache referierte Grete Weinberg über die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zum Kauf-

mannsgericht für die Handelsangestellten. Die Rednerin richtete insbesondere an alle weiblichen Angestellten die dringende Mahnung, durch Abgabe ihrer Stimme für die von der Organisation empfohlene Liste eine gerechte Zusammenfassung dieses Gerichts herbeizuführen.

Die Arbeiterfreundlichkeit der Berliner Kinobesitzer.

Die Besucher der Kinos, soweit sie den proletarischen Bevölkerungsschichten entstammen, sollen erfahren, wie weit das Empfinden der Berliner Kinobesitzer geht.

Verschiedentlich wird den Vorführen zugemutet, ihre Tätigkeit als Nebenberuf aufzugeben. Als Wochenlohn wird diesen dann eine Summe von 100 bis 150 M. angeboten. Die ungewöhnliche Hitzeperiode dieses Sommers muß herhalten, die Notlage der Kinobesitzer darzulegen. Diese Erscheinung tritt jedoch jedes Jahr auf. Die Kinobesitzer versuchen nun, die Tätigkeit der Vorführen als so unbedeutend wie möglich hinzustellen. Trotzdem deren Gesundheit durch die Arbeit sowie die durch schlechte Entlohnung bedingte Unterernährung das Gegenteil bezeugt. Nun wird von den Kinobesitzern versucht, Kinobesitzer im Nebenberuf einzustellen. Daß durch solche Doppelbeschäftigung die Arbeitslosigkeit vergrößert, die Erwerbslosenfürsorge stark belastet wird, bedarf keiner weiteren Erwähnung. Die Erwerbslosenfürsorge muß hier unbedingt eingreifen. Die bisherige Kontrolltätigkeit greift nur zaghaft zu. Es muß verlangt werden, daß diese Tätigkeit der Deutschen Filmgewerkschaft übertragen wird. Diese Ausdeutung muß unterbunden werden.

Viele Kinobesitzer sehen sich auch rigoros über die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes hinweg. Betriebsräte und Obleute bestehen vielfach nicht. Um ihre ohnehin schon kümmerlichen Rechte werden die Kino-Angestellten geprellt. Beschwerden an die verschiedenen Gewerbeinspektionen bleiben, weil keine dieser sich für zuständig hielt, unerledigt. So fehlten bis heute die Betriebsräte bzw. Obleute im „Rarmorhaus“, Kurfürstendamm, Priglow, Ringstraße 16, Welttheater Moabit (Meierl Bolle), „Moderne Lichtspiele“, Brunnenstr. 25, und anderer Theater. Die Kinobesitzer haben sicher ein Interesse daran, dort ihre Unterhaltung zu suchen, wo die Arbeitsverhältnisse durch die zuständige Organisation (Zentralverband der Film- und Kinoangestellten) geregelt sind. Darum hat die organisierte Arbeitererschaft die Pflicht, hier nach dem Rechte zu leben, und die Forderungen der organisierten Vorführen zu unterstützen.

Kommunistische Wahrheitsliebe.

Ein praktisches Beispiel von kommunistischer Wahrheitsliebe ist in der Nr. 371 vom Sonntag, den 14. d. M., der „Roten Fahne“ enthalten. Unter der Ueberschrift „Beispiele proletarischer Solidarität“ wird angeführt, daß die Vulkanarbeiter in Stettin beschloffen haben, entweder zwei Sonntage oder zwei Stunden täglich zu arbeiten, um eine Lokomotive nach Sowjet-Rußland zu senden. Von einem solchen Beschluß ist der Arbeitererschaft des Vulkans nichts bekannt. Um diesen Schwundel den nichtkommunistischen Betriebsräten vorzuenthalten, hatte man im Bureau des Betriebsrates aus der fraglichen Zeitungsnnummer diese Stellen ausgeschnitten. Als die nichtkommunistischen Mitglieder des Betriebsrates über das Fehlen eines Teiles der Zeitung fragig wurden und sich ein anderes Exemplar der „Roten Fahne“ besorgten, erhielten sie erst Kenntnis von dem erdichteten Beschluß. Warum greift man zu solchen Mitteln?

Diese Frage beantworteten, hieße die weitere Frage aufwerfen, weshalb die Kommunisten sich in gewerkschaftliche Angelegenheiten einmischen, weshalb die kommunistischen Parteien überhaupt existieren. Die Kriegspolizei, deren Produkt sie sind, rechtfertigt ihre Existenz nicht mehr. Da sich die Wahrheit mit den künstlichen Versuchen des Nachweises ihrer Existenzberechtigung nun einmal nicht verträgt, halten sie es mit ihrem Gegenteil.

Falsche Kombination.

Die B.S.-Korrespondenz, der es auch mehr als die Fügigkeit als auf die Richtigkeit ankommt, wirkt in einem Bericht den von kommunistischer Seite verschobenen Unterstützungsfonds mit der Abrechnung über die Rußlanddelegation der Berliner Gewerkschaftskommission zusammen. Das ist falsch. Es handelt sich um zwei verschiedene Angelegenheiten, die nichts miteinander zu tun haben.

Angestellte der Metallindustrie! Der Schiedsspruch, der am 21. Dezember 1920 zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen der kaufmännischen und technischen Angestellten in der Metallindustrie gefaßt wurde, ist am 10. August 1921 vom Reichsarbeitsministerium nunmehr auch über den 28. Februar 1921 hinaus für allgemein verbindlich erklärt worden. Mit ihm muß also in sämtlichen Betrieben der Groß-Berliner Metallindustrie, auch solchen, die dem Verband Berliner Metallindustrieller nicht angeschlossen sind, die in Frage kommende Zulage ab 1. März dieses Jahres gezahlt werden. Tarifverträge nebst Ergänzungen zum Kreis von 150 M. sind im Ortsamt des Kfa-Bundes, Welle-Alliance-Str. 7/10, von 10-3 Uhr zu haben.

Das Bezirks-Betriebsräte-Sekretariat für Schleswig-Holstein hat seine Tätigkeit aufgenommen. Es hat seinen Sitz in Hamburg, Welfenbinderhof 57, Zimmer 45. Zum Sekretär wurde Arbeitersekretär Bauer, Flensburger, gewählt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sunges altten Tempelhof - Arbeiterklub, 1/2 Uhr im Jugendheim, Dorfstraße, Arbeiterklub, Referent Gen. Barch: Wetzelsberg Eindeut. - Gruppe Dresden und Götten. Heute 7 1/2 Uhr in der Juristischen Gesellschaft, Lindenstraße 3, gemeinsamer Diskussionsabend. - Gruppe Tempelhof nicht bei Rebusweil, sondern im Jugendheim, Deym, Germaniastr. Auswanderer über Wetzelsberg.

Bevorzugt für den roten Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Arbeiter: E. Wiedt, Berlin. Vortrag: Sozialistische Bewegung in d. G. Berlin. Druck: Gewerkschafts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Unterstr. 3.

Korsette
aus la Stoffen und in allen Preislagen empfiehlt
Korsett-Fabrik Richard Necke
1. Geschäft: Berlin-Karlshagen, Treskow-Allee 83
2. Geschäft: B.-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 36
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 23
Ecke Alte Jakobstraße 124/22

Kupfer
Messing, Zink
Blei :: Zinn
www. knott
Gotzkowskystraße 15

Billige, gute
Rhein u. Mosel
Weine
Der Pfälzer (direkt vom Fass) mit Steuer n. Liter 14.-
2er Liesberger Mosel mit Pl. u. Steuer 14.-
19er Enkircher Riesling mit Pl. u. Steuer 19.-
Französischer Hennessy, Prunier, Pelissor- u. Derby.

Abschriften
Adressen, Diktate, Vertriebs-
listungen übernimmt Adler,
Friedenstr. 21, Nollend. 1649.

**Volks-Reise-
Verband**
Geschäftsstelle: Neudamm
Mündener Straße 53
Som 3. bis 10. September
**Durch den Odenwald zum
Neckar bis Heidelberg**
Wiederholung der u. 18.-26. Juni veranstalteten Ferienfahrt
Teilnehmerliste einl. Fahrt u. Verpflegung 500 Mark
Anmeldungen sind umgehend gegen Einzahlung von
100 M. an die Geschäftsstelle des V.-R.-V., Neudamm,
Mündener Str. 53, zu richten.

Metall-Bettstellen
Kinderwagen, Bett-
federn, Korbmöbel
Fürst, Neukölln
Hermannstraße 21
Ecke Mahlower Str.

Möbel
Jeder Art bei
kleiner Anzahlung
und
bequemer Abzahlung
Möbelhaus
Andreassir. 28
Strengste Diskretion.

Cognac
Derby-Weinbrand fl. 49
Vorschalt
Versand auch hierweise in Ballons, Flaschen u. Waggons.
J.F. Rauch
N. 4. Bergstr. 24, Nord. 8214, 8026
DERBY-COGNAC
Gontardstr. 4, Alexanderplatz
Postdammer Str. 84, Hof
Invalidenstr. 164, Eckhaus
Brunnenstr. 174, Eckhaus
Friedrichstr. 11,
Gr. Frankf. 112, neben Janderl
Schönhauser Allee 178

Bettwäsche
Deckbett 62 75, Kissen 16.-,
Damenhemd 24.-, Hand-
tücher, Männerhemden,
Schürzen billig. Inserat
ausgeschlossen vergüte 6 Proz.
Eckbrecht
Hafen-
straße 93

Prozesse
Rat, Beistand, mäßige Preise, Teil-
zahlung, Ene-, Alimenten-, Straf-
sachen, Steuern, Grundbesuche
Landgericht Dr. v. K. F. v. b. c. h. - Gesellschaft m. b. H.
Alexanderstraße 43 (am Alexanderplatz, gegenüber
Tietz) (9-7) Glanz-Erlebe/Beobacht. Teil-Konst. 3393

Politischer Redakteur
ber selbständig arbeiten kann, für die Vollzeittätigkeit in Berlin,
die ab 1. Oktober in eigener Wohnung bereitsteht, gesucht.
Offerten mit Gehaltsansprüchen bis 27. August an den
Verlag der Volkszeitung in Berlin, Schumannstraße 16
erbeten.
191/1

Technikum
Gesamtes übergen-
u. Baujahr, Winter-
semester 7. Oktober.
Verkaufpreis wird
berücksichtigt. Pro-
gramm umfasst.
Strelitz
(Mecklenburg)

Ruhebetten
200 Mk.
gute Verarbeitung, kein Papierbett
Girndt, Neukölln
Wagnersbergstraße 2
Tel. Neudamm 1308

Admirals-Bad
im Admirals-Palast am
Bahnhof Friedrichstraße 2
Kurabteilung unter Leitung von Dr. med. Kieffel
Hr. Dr. Lohmann Sanatorium, Weißer Hirsch
Gesamtes Wasserheilverfahren, Kohlenäther-, Sauer-
stoff-, Radium-, Moorlauge-, Sole-, Schwefel-, Leh-
tannin-, Kieler-Nadel- usw. -Bäder, Fango-Packungen,
Heißluft-, Dampf-, Glühlicht-, Kastenbäder, Höhen-
sonne, Diathermie, Franklinisation, Viazellion- und
Wechselstr.-Bäder, Dr. Lohmann-Kur, (Stoffwechselkur.)
Annahme 9-3 Uhr. Sonntags geschlossen.

Admirals-Bad
im Admirals-Palast am
Bahnhof Friedrichstraße 2
Kurabteilung unter Leitung von Dr. med. Kieffel
Hr. Dr. Lohmann Sanatorium, Weißer Hirsch
Gesamtes Wasserheilverfahren, Kohlenäther-, Sauer-
stoff-, Radium-, Moorlauge-, Sole-, Schwefel-, Leh-
tannin-, Kieler-Nadel- usw. -Bäder, Fango-Packungen,
Heißluft-, Dampf-, Glühlicht-, Kastenbäder, Höhen-
sonne, Diathermie, Franklinisation, Viazellion- und
Wechselstr.-Bäder, Dr. Lohmann-Kur, (Stoffwechselkur.)
Annahme 9-3 Uhr. Sonntags geschlossen.